



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

J., H.: Das rote Gespenst bei Licht

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das rote Gespenst bei Licht



Das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen hatte weit über die Grenzen Deutschlands hinaus ein zunächst nicht unberechtigtes Aufsehen wachgerufen. Dort, wo man uns wohlwollte, sah man mit Besorgnis das Anwachsen einer Partei, die die Reichszerstörung auf ihre Fahne geschrieben hat, und wenngleich noch hinreichend Bürgschaften vorhanden sind, die die Erreichung dieses Ziels in weite Ferne rücken, so waren und sind zum mindesten doch parlamentarische Schwierigkeiten mit unberechenbaren Folgen vor auszusehen. An andern Orten, wo man uns weniger freundlich gesinnt ist, sah man mit schlecht verhehlter Schadenfreude den Reichsbau wanken, das Heer unzuverlässig, drei Millionen deutsche Sozialdemokraten bereit, den Feinden Deutschlands direkt oder indirekt die Hand zu bieten, die Ohnmacht des Reichs von innen heraus zur erwünschten Tatsache werden. Aber noch sind keine fünf Monate seit dem Wahltage in das Land gegangen, und Inland wie Ausland haben sich überzeugt, daß bei dem scheinbar so ungeheuern Wahlerfolge der Sozialdemokratie, genau so wie es bei den meisten parteipolitischen Kämpfen der Fall zu sein pflegt, stark mit Wasser gekocht worden ist. Zunächst belehrte der sozialdemokratische Parteitag darüber, daß der riesenhafte Turm doch zum guten Teil nur aus Stuck und Pappe besteht. Seitdem hat sich aber auch die forschende Wissenschaft, die Statistik, an die Arbeit gemacht und mit unwiderleglichen Zahlen nachgewiesen, wie viel oder wie wenig von diesem Glanze wirkliches Gold ist.

Die vom Kaiserlich Statistischen Amt auf Grund der Berichte der Wahlkommissare aufgestellte „vergleichende Übersicht der Reichstagswahlen von 1898 und 1903,“ ein Heft von 67 Quartseiten, darf für sich das Lob beanspruchen, daß wohl noch niemals eine Wahlstatistik so sorgfältig und so vielseitig die Wahlergebnisse gesichtet und zahlenmäßig ihre Bedeutung aufgeklärt hat, wie es diesesmal der Fall ist; dabei in höchst übersichtlicher, für jedermann leichtverständlicher Form. Die ausführliche Wahlstatistik steht noch bevor und wird, wie üblich, dem Reichstage zugehn; die vorliegende Übersicht ist ein Sonderabdruck aus den Vierteljahrshäften zur Statistik des Deutschen Reichs, im Verlage von Puttkammer und Mühlbrecht in Berlin zum Ladenpreise von einer Mark erschienen und führt, soviel verlautet, in ihrer klaren beredten

Sprache auf die Anordnung des Staatssekretärs Grafen von Posadowsky zurück, der damit dem Reiche von neuem einen großen Dienst geleistet hat.

Wir können allen, die sich für Reichstagswahlen interessieren, und namentlich denen, die sich mit der Organisierung der Wahlkreise und der Vorbereitung für kommende Neuwahlen zu befassen haben, das sorgfältige Studium des Heftes*) nicht angelegentlich genug empfehlen; dies um so mehr, als es vielleicht geraten sein mag, Vorbereitungen für Neuwahlen zeitig einzuleiten, um sich von den Ereignissen nicht überraschen zu lassen. Auch hierbei heißt es: bereit sein ist alles.

Man hat für den gewaltigen Aufschwung der sozialdemokratischen Stimmen von 2107076 Stimmen im Jahre 1898 auf 3010771 im Jahre 1903 oder von 27,2 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf 31,7 Prozent, von 56 Mandaten auf 81, die verschiedensten Gründe angegeben. Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit aller Klassen der Bevölkerung, infolge dessen erhöhte Zahl von Mitläufern — erschien beim ersten Schreck als die nächste und plausibelste Ursache. Als dann die Wahlzahlen bekannt wurden, sah man, daß die Wahlfaulheit auf der einen, der törichte Bürgerkrieg der nicht sozialdemokratischen Parteien auf der andern Seite an dem Ergebnis einen großen Anteil hatten, einen größeren als der natürliche Zuwachs, den die Sozialdemokratie durch das Anwachsen der Bevölkerungszahl erfährt. Die Bevölkerung des Reichs ist von 52279901 Köpfen im Jahre 1898 gewachsen auf 56367178 im Jahre 1903, eine Zunahme von 4087277. Die Anzahl der Wahlberechtigten, die arbeitende schaffende Kraft des 56-Millionenreichs im Lebensalter von 25 Jahren an, der eigentliche Kern der Nation, ist auf dem Wege der Bevölkerungsvermehrung von 11441094 auf 12531248 gestiegen, um 1090154 Köpfe. Zieht man nun in Betracht, daß die Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs von 903695 zu verzeichnen haben, so gewinnt man zunächst allerdings den Eindruck, als ob vier Fünftel des gesamten natürlichen Wählerzuwachses aus Sozialdemokraten beständen, während für alle andern Parteien nur ein Fünftel mit 186459 Köpfen übrig bliebe.

Dieses Ergebnis wird scheinbar auch durch Gegenüberstellung der Hauptwahlzahlen bestätigt.

	1898	1903
Gültig abgegebene Stimmen . . .	7752693	9495587
davon sozialdemokratische . . .	2107076	3010771
bleiben Nichtsozialdemokraten . . .	5645617	6484816
hierzu Wahlenthaltungen . . .	3654380	2997454
und ungültige Stimmen . . .	34021	38207
zusammen	9334018	9520477

Zieht man von den 9520477 Nichtsozialdemokraten des Jahres 1903 die 9334018 Nichtsozialdemokraten des Jahres 1898 ab, so bleiben als Zuwachs der ersten 186459, genau dieselbe Zahl wie nach der Berechnung des natürlichen Bevölkerungszuwachses.

Es entsteht nun die Frage: Dürfen alle Wahlenthaltungen und alle un-

*) Das Heft gibt zwei Übersichten: 1. Die Reichstagswahlen von 1898 und 1903 in den einzelnen Wahlkreisen; 2. Die ersten ordentlichen Reichstagswahlen von 1898 und 1903 nach Staaten und Landesteilen.

giltig abgegebenen Stimmen ohne weiteres den Nichtsozialdemokraten zugezählt werden? Selbstverständlich kommen bei den angegebenen Zahlen nur die der Hauptwahlen, nicht die der Stichwahlen in Betracht. Bei der vorzüglichen Organisation und Straffheit, mit der die Sozialdemokraten das Wahlgeschäft betreiben, darf man ohne weiteres annehmen, daß ungiltige Stimmabgaben bei ihnen nicht oder nur in verschwindend geringer Anzahl vorkommen. Anders könnte die Sache bei den Wahlenthaltungen stehn. Wir haben im Jahre 1898 3654380 Wahlenthaltungen bei 11441094 Wahlberechtigten; im Jahre 1903, wo infolge der Zunahme der Berechtigten auch die Zahl der Enthaltungen hätte größer sein müssen, beträgt sie im Gegenteil nur 2997454 bei 12531248 Berechtigten, also 656926 Wahlenthaltungen weniger als 1898. Wohin sind diese 656926 Stimmen zu rechnen?

Die Sozialdemokratie hatte für 1903 die Parole ausgegeben, daß bei der Hauptwahl die Sozialdemokraten in jedem Wahlkreise für einen eignen Kandidaten votieren und sich erst bei der Stichwahl auf Wahlbündnisse einlassen sollten. Im großen und ganzen ist das aber im Jahre 1898 auch schon der Fall gewesen. Keine sozialdemokratischen Stimmen sind nur in folgenden Wahlkreisen abgegeben worden:

	1898	1903
Schweß	—	69
Fraustadt	—	616
Schrimm	—	38
Breschen	—	—
Krotoschin	—	48
Welnau	32	—
Wirßig	—	35
Gnesen	—	31
Daun-Prüm-Bitburg	—	—
Borken-Recklinghausen	—	8897
Wittlich-Bernkastel	—	67
Geilenkirchen	—	58
Saarburg (Lothringen)	—	—
Zabern	2944	—

{(In der Stichwahl dann für Zentrum)

Es waren mithin 1898 noch zwölf, diesmal nur noch fünf Wahlkreise ohne sozialdemokratische Betätigung. Der Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie beträgt aber durch diesen Zuwachs an Wahlkreisen nur etwa 7000. Sieht man sich die Wahlkreise genauer an, so sind es mit Ausnahme des einen Zentrumswahlkreises Daun-Prüm nur zwei polnische und zwei elsass-lothringische, in denen die Sozialdemokraten fehlen oder richtiger wohl in Folge eines Wahlbündnisses schon bei der Hauptwahl anders gestimmt haben. Wenigstens hatte Zabern noch 1898 2944 Sozialdemokraten, die in den fünf Jahren wohl weder ausgestorben, noch ausgewandert, noch bekehrt sein dürften. Borken-Recklinghausen hatte 1898 keine sozialdemokratische Stimme, diesmal 8897, die in der Stichwahl dann für das Zentrum abgegeben worden sind, 1898 aber schon in der Hauptwahl diesem zugefallen waren. Nach dieser Richtung hin hat also die Wahlparole der Sozialdemokratie keine wesentliche Änderung bewirkt. Wenn die Parteileitung, die doch jedenfalls wußte, daß nur zwölf Wahlkreise — und welche — in Betracht kommen konnten, dennoch ihre Parole so entschieden betont hat, so müssen andre Gründe dafür vor-

handen gewesen sein. Diese kann man leicht auffinden. Die Genossen hatten sich 1898 in all den zahlreichen Wahlkreisen, in denen ein sozialdemokratischer Kandidat überhaupt keine Aussichten hatte, bei der Hauptwahl der Stimmabgabe zu sehr großem Teile enthalten und hatten nur einem Aufgebot zur Stichwahl Folge geleistet. Das änderte sich bei den Wahlen von 1903 dadurch gewaltig, daß fast in allen Wahlkreisen von der Parteileitung ein sozialdemokratischer Kandidat, wenn auch nur als Zählkandidat, aufgestellt wurde. Kraft der leider nur bei der Sozialdemokratie eingeführten allgemeinen Wahlpflicht haben die Genossen, soweit sie nicht krank, abwesend oder in Haft waren, wohl sämtlich mit geringen Ausnahmen ihre sozialdemokratische Pflicht und Schuldigkeit erfüllt. Daher zum Teil stammt die bedeutende Verringerung der Wahlenthaltungen in der Hauptwahl von 1903. Man wird von den 656 926 Stimmen, um die es sich handelt, einen nicht ohne weiteres abzuschätzenden Bruchteil der Sozialdemokratie zurechnen dürfen, Parteigenossen, die ihr nicht neu zugewachsen sind, sondern die bei der vorigen Wahl nur gefeiert haben, zum wenigsten 300 000. Für diese Annahme spricht die ganz unverhältnismäßige Stimmenvermehrung in einzelnen Wahlkreisen.

Auch bei der stärksten Wahlbeteiligung wird mit einem gewissen Prozentsatz Wahlenthaltungen zu rechnen sein. Es sind das die Wähler, die durch Bequemlichkeit, häusliche oder berufliche Abhaltung, Erkrankung, Reisen oder Haft von der Wahlurne ferngehalten werden. Zu diesen stellt die Sozialdemokratie, weil sie aus den volkreichsten Klassen hervorgeht, das stärkste Kontingent; sie wird immer die größte Zahl von Personen haben, die durch Krankheit und Unfall oder durch Konflikt mit den Gerichten und der Polizei verhindert sind; was die Verhinderung durch Reisen anbelangt, so werden freilich Bade- und Vergnügungsreisende bei ihr weniger in Betracht kommen, dafür um so mehr solche, die durch den Beruf: Schiffer, Fischer, Eisenbahnangestellte, Fuhrleute, außerhalb des Wahlortes tätige Arbeiter usw. von der Wahlurne ferngehalten werden. Dieses Manko aber gleicht die Sozialdemokratie durch ihre straffe Organisation und Kontrolle, durch ihr dichtmaschiges Netz, das mit geradezu vollendeter Sicherheit dafür sorgt, daß kein Wähler verloren geht, im Vorrang vor allen andern Parteien reichlich aus.

Bei der „allgemeinen Wahlpflicht“ der Sozialdemokratie gibt es keine unerlaubten Enthaltungen. In diesem Jahre sind sie nahezu völlig weggefallen, erstens durch den Parteibefehl, der jedem Wahlkreise seinen sozialdemokratischen Kandidaten setzte, zweitens durch die gesetzlichen Maßnahmen, die nachweislich die Wahlen zugunsten der Sozialdemokratie beeinflusst haben: das Wandschirmgesetz und die Verlängerung der Wahlzeit von 6 auf 7 Uhr Abends. Das Wandschirmgesetz mag sich in Zukunft einmal, bei besondern Gelegenheiten, nützlich erweisen. Für diesmal hat es allen Wählern, auch den ängstlichsten, die vollste Sicherheit gegeben, daß die sozialdemokratische Stimmabgabe unmerklich bleiben und somit keine unbequemen Folgen haben werde. Es hat zunächst nicht dazu gedient, die Wähler von dem sozialdemokratischen Terrorismus frei zu machen, wie man vielfach gehofft hatte, sondern hat sie ihm nur um so sicherer in die Arme getrieben. Denn die Sozialdemokratie hält viel zu straffe Disziplin und hat ihre Leute fest an der Leine. Die gesamten Arbeiterorganisationen, die Berufsvereine usw. gelten ja nur diesem einen Zweck.

Der einzelne Arbeiter ist nicht mehr Herr seiner selbst, er hat blindlings dem sozialdemokratischen Vorgesetzten zu gehorchen, der auf dem Bau, in der Fabrik, in der Werkstatt ihn unausgesetzt überwacht. Wie verschwindend gering mag die Zahl der Arbeiter sein, die sich einen eignen Stimmzettel mit zur Wahl bringen und diesen hinter dem Wandschirm in den Umschlag tun, statt des Zettels, den sie draußen dem sozialdemokratischen Zettelverteiler, der sie sorgfältig kontrolliert, unbedingt abnehmen müssen. Will man die Freiheit der Wahl für die Arbeiter sichern, so beseitige man die Zettelverteiler an den Zugängen. Ihre Existenz beruht auf keiner gesetzlichen Zulassung oder Duldung, sie sind im wahrsten Sinne des Wortes eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit. Der Arbeiter darf den sozialdemokratischen Stimmzettel nicht ablehnen, mancher andre Wähler ebenfalls schon nicht mehr, auch ist der Arbeiter, namentlich der, der Mittags nicht nach Hause geht oder nur in einer Schlafstelle haust, viel zu bequem oder gar nicht in der Lage, sich einen eignen Stimmzettel zu schreiben. Er weiß ja auch, daß die gedruckten an den Türen dargereicht werden, einen andern als den sozialdemokratischen darf und wird er nicht nehmen. Weg mit den Zettelverteilern! Damit wäre unendlich viel gewonnen! Die Sozialdemokraten würden vielleicht schreien, das sei ein Eingriff in die Wahlfreiheit; vor dem Geschrei braucht man sich nicht zu fürchten in dem Bewußtsein, daß die Wahlfreiheit des Einzelnen damit nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil sehr gesichert würde. Beeinträchtigt würde allerdings für alle Wähler die Bequemlichkeit. — Die Verlängerung der Wahlzeit um eine Abendstunde ist selbstverständlich fast nur den Sozialdemokraten zugute gekommen.

Ist nun nicht von der Hand zu weisen, daß die Sozialdemokratie auf dem Wege der Bevölkerungsvermehrung einen sehr starken Zuwachs an Stimmen erfahren hat, so liegt die Frage nahe: Wie steht es denn bei den andern Parteien? Scheidet man die gesamte Wählerschaft in Sozialdemokraten und Nichtsozialdemokraten, so ist die Rechnung folgende (immer nur für die Hauptwahlen gültig):

	1898	1903
Gültig abgegebne Stimmen	7752693	9495587
ab Sozialdemokraten	2107076	3010771
bleiben Nicht-Sozialdemokraten	5645617	6484816

Somit beträgt der Zuwachs der Nichtsozialdemokraten 839199 Stimmen.

Leider zersplittert sich jene Zahl in 14 verschiedene Rubriken.

Es haben erhalten:	1898	1903	
Deutschkonservative	859222	948448	+ 89226
Reichspartei	343642	333404	— 10238
Nationalliberale	971302	1313051	+ 341749
Freisinnige Vereinigung	195682	243230	+ 47548
Freisinnige Volkspartei	558314	542556	— 15758
Deutsche Volkspartei	108528	91217	— 17311
Zentrum	1455139	1875292	+ 420153
Polen	244128	347784	+ 103656
Antijemiten	284250	244543	— 39707
Bund der Landwirte	110389	118759	+ 8370
Bauernbund	140304	111375	— 28929
Andre Parteien	268234	248024	— 20210
Unbestimmt	92637	55249	— 37388
Zersplittert	13846	11884	— 1962
zusammen	5645617	6484816	+ 839199

An gültigen Stimmen sind bei der Hauptwahl 1903 gegen 1898 mehr abgegeben worden: 1742894; diese setzen sich zusammen aus:

Zuwachs an Wahlberechtigten	1 090 154
Verminderung der Wahlenthaltung	656 926

1747 080

hiervon ab Verminderung der ungültigen Stimmen	4186
--	------

bleiben 1742894, die sich gliedern in

Zuwachs der Sozialdemokraten	903 695
der Nicht-Sozialdemokraten	839 199

bleibt eine Vermehrung der Sozialdemokratie um netto	64 496 Stimmen.
---	-----------------

Und deshalb soviel Lärm!

Das ist der eigentliche tatsächliche Wahlerfolg dieser Partei, wie er sich bei Licht besehen darstellt.

Von großem Interesse wäre es, festzustellen, wie groß der zahlenmäßige Anteil der beiden Gruppen 1. am Zuwachs der Wahlberechtigten, 2. an der Verminderung der Wahlenthaltung in Wirklichkeit ist. Dazu ist ein genaues Studium des Zahlenmaterials der 397 Wahlkreise nötig, das hier zu weit führen würde; aber auch dabei wäre in den meisten Fällen nur eine Wahrscheinlichkeitsberechnung möglich. Der Gewinn der Nationalliberalen z. B. um beinahe 342 000 Stimmen wird wesentlich aus der Verminderung der Wahlenthaltung stammen, der Gewinn des Zentrums von 420 000 Stimmen wird auf dem Zuwachs der Bevölkerung und dem Rückgang anderer Parteien beruhen, auf der Verminderung der Wahlenthaltung nur zum geringern Teile. Die 100 000 Polenstimmen werden zum kleinern Teile der Bevölkerungszunahme, zum größern der erfolgreichern Agitation, also einer Verminderung der Wahlenthaltung zuzuschreiben sein. Auch die Polen haben wie die Sozialdemokraten diesesmal Zählkandidaten aufgestellt, auch sind ihnen viele Stimmen zugefallen, die ehedem dem Zentrum gehörten. Die 89 000 konservativen Stimmen rühren dagegen wohl vom Rückgang anderer Parteien und der verminderten Wahlenthaltung her. Andererseits ist der Rückgang der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen und der Deutschen Volkspartei mit 80 000 Stimmen wohl zum wesentlichen Teile den Sozialdemokraten zugute gekommen. Das Einzelstudium der 397 Wahlkreise wird eine Menge interessanter Tatsachen zutage fördern und den Aufmarsch der Parteien wesentlich aufklären. Das Material ist in dem genannten Hefte vollständig enthalten, es erübrigt nur, für die einzelnen Wahlkreise und darin für die einzelnen Parteien genau die Schlussfolgerungen zu ziehen.

Der Richtigkeit ziemlich nahe dürfte die folgende Wahrscheinlichkeitsberechnung kommen:

	Sozialdemokraten	Nicht-Sozialdemokraten
Stimmenzahl 1898 rund	2 100 000	5 645 000
Zuwachs der Bevölkerung	540 000	450 000
Verminderung der Wahlenthaltung	300 000	350 000
Zuwachs aus andern Parteien	70 000	40 000
	<u>3 010 000</u>	<u>6 485 000</u>

Zusammen: 9 495 000 gültige Stimmen.

Mancher Leser wird fragen, wie ist es denn nur möglich, daß das Plus von nur 64 000 Stimmen den Sozialdemokraten 25 Mandate mehr verschaffen konnte? Diese an sich sehr berechtigte Frage läßt sich nur aus den Stich-

wahlen heraus beantworten. Der Abgeordnete Dr. Arendt hat kürzlich über die 81 sozialdemokratischen Mandate eine fleißige Arbeit im Berliner „Tag“ veröffentlicht und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

„Von den 81 Mandaten der sozialdemokratischen Partei müssen 24 als unsicher und leicht zurückzugewinnen gelten, nämlich: Halle, Elberfeld, Rostock, Gotha, Neuß ä. L., Brandenburg, Randow = Greifenhagen, Kalbe = Acherzleben, Mettmann = Remscheid, Zittau, Plauen, Altenburg, Königsberg i. Pr., Frankfurt a. D., Lauenburg, Dortmund, Dschaf, Borna, Flensburg, Bochum, Dortmund, Bößlingen, Göppingen, Karlsruhe. In 41 Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie das Mandat gleichfalls nur in harten Kämpfen errungen, auch hier ist es größtenteils mit Erfolg ihr streitig zu machen, während 16 Wahlkreise einen sichern Parteibesitz bilden. In den 24 Stichwahlkreisen erhielten von 1124700 Wahlberechtigten die Sozialdemokraten 414600, ihre Gegner 361500 Stimmen. Der sozialdemokratischen Mehrheit von 53100 Stimmen standen 348600 Nichtstimmende gegenüber. Nach diesen Ergebnissen hätten die »Genossen« wirklich in Dresden den Mund etwas weniger vollnehmen sollen.“

Es sind darunter ganz eklatante Fälle von Wahlsfaulheit. So betrug

u. a. die	sozialdemokr. Mehrheit	die Wahlenthaltungen
in Königsberg i. Pr.	900	7400
Frankfurt a. D.	400	5900
Bochum	700	32800 (!)
Dortmund	200	17400
München I	4100	16600
Leipzig	3500	6100
Karlsruhe	600	8900
Mannheim	5600	10700

Dr. Arendt sieht 13 Wahlstige als sichere Hochburgen der Sozialdemokratie an, die ihr nur durch einen starken Umschwung, zumal in Sachsen, wieder entrisen werden können; dazu 3 weitere, die zunächst für sie als sicher gelten mögen, alle andern 65 Wahlkreise können bei ausreichender Wahlbeteiligung und tatkräftiger Gegenbewegung wieder zurückgewonnen werden. Dieser Annahme wird man nur beitreten können. Die Zahl von 15 bis 16 Mandaten ist der der Sozialdemokratie in Wirklichkeit zukommende Anteil. Alles, was sie darüber hat, verdankt sie der Lässigkeit der andern Parteien und der Unselbständigkeit vieler Wähler, die sich eine Wahl ohne eine von der Regierung ausgegebene Parole nun einmal nicht denken können. Freilich muß man dem Abgeordneten Arendt darin Recht geben, daß die Wahlparole der Sozialdemokraten „Wider den Brotwucher“ ihnen diesesmal viele Mitläufer zuführte, während die Änderungen des Wahlreglements für jetzt gleichfalls ausschließlich dieser Partei zugute kamen, wie das aus den Zahlen einer Reihe von Wahlkreisen nachweisbar ist. Aber die Gesamtlage ist durchaus danach angetan, dem deutschen Volke die volle uneingeschränkte Gewißheit zu bieten, daß es aus sich heraus die Sozialdemokratie völlig überwinden kann, wenn die bürgerlichen Parteien das dazu nötige Pflichtgefühl und die dazu unabwiesbare Eintracht betätigen — so lange es noch Zeit ist! Davon wird es auch abhängen, ob Arendts Annahme, daß die Sozialdemokratie mit den letzten Wahlen ihren Höhepunkt überschritten habe, zutrifft. H. J.

